



Tülin Kabis-Staubach, Prof. Dr. Reiner Staubach

Beteiligungslust? Beteiligungsfrust!

Partizipation und Aktivierung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entsolidarisierungsprozesse



Beim Planerladen e.V. handelt es sich um einen zivilgesellschaftlichen Akteur, der seit 1982 in der Dortmunder Nordstadt arbeitet. Die verschiedenen Stadtteilläden und -büros sind längst zu einem selbstverständlichen Teil der alltäglichen Infrastruktur geworden. Der Vereinsname ist gleichsam Programm: Mit dem vom Planerladen verfolgten Ansatz eines „Planens aus der Nähe“ (Hardt-Waltherr Hämer) war in erster Linie die Erwartung verbunden, durch Ortsnähe und niedrigschwellige Ansprache zusätzliche Kontakt- und Kommunikationschancen zu eröffnen, um damit Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auch für die weniger mobilen, artikulationsschwächeren Bewohner zu schaffen. Ein wichtiges Markenzeichen der Arbeit ist darüber hinaus das Zusammenwirken von Planungs- und Sozialprofis auf der Basis interkultureller Tandems, was in Reaktion auf die Realitäten der Armutsentwicklung in einem Zuwanderungsstadtteil unvermeidlich ist.

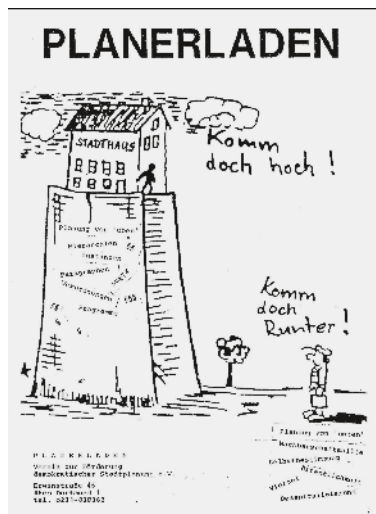


Abb. 1:
Planerladen-Philosophie
(Quelle: Planerladen)

Beobachtungen aus den Niederungen des Beteiligungsalltags in einem Stadtteil der „Sozialen Stadt“

Nachfolgend wird schlaglichtartig aus dem Alltag der Beteiligung und Aktivierung am Beispiel der Dortmunder Nordstadt berichtet. Der im Gegensatz zu früheren Artikeln der Autoren nun im Tenor etwas skeptischere Blick hinsichtlich einer Veränderung der vorherrschenden politisch-administrativen Beteiligungspraxis ist einer Reihe von strukturellen stadtentwicklungsplanerischen und politisch-institutionellen Weichenstellungen mit hoher Symbolwirkung für den Stadtteil geschuldet. Gerade die erheblichen Beharrungskräfte der Politik- und Verwaltungsinstanzen gegenüber Schritten zu einer

interkulturellen Öffnung lassen in einem Stadtteil, dessen Bevölkerung schon seit langem mehrheitlich aus Menschen mit Migrationshintergrund besteht, begründete Zweifel an der Substanz der von Verwaltung und Politik beinahe gebetsmühlenartig verkündeten Programmatik des Sozialen Ausgleichs (Aktionsplan Soziale Stadt) und der Demokratisierung von Erneuerungsprozessen aufkommen. Dies konnte nicht ohne Einfluss darauf bleiben, ob die Bewertung des derzeitigen Entwicklungsniveaus nun in die Richtung geht, das Glas als halb voll oder doch eher als halb leer anzusehen.

Was Grillen im Park mit Straßenprostitution zu tun hat!?

Der Fredenbaumpark stellt für die hochverdichtete Nordstadt und ihre vielfach nur wenig mobile Bevölkerung (ältere Menschen, kinderreiche Familien etc.) eine unverzichtbare Grünversorgung dar. Vor allem Migrantenfamilien, die oft auf engem Raume wohnen und nur selten über Balkone oder Freiräume im Wohnungsbereich verfügen sowie in den Kleingartenanlagen noch dramatisch unterrepräsentiert sind, drängen bei den ersten Sonnenstrahlen ins Freie. In der wärmeren Jahreszeit sieht sich der verwaltungsseitig hier zuständige Regiebetrieb Stadtgrün bereits seit einigen Jahren regelmäßig mit der Tatsache konfrontiert, dass vor allem an Wochenenden und Feiertagen ein massiver Nutzungsdruck auf die drei offiziellen Grillstationen im Park einsetzt. Nach einem eher halbherzigen Experiment mit einem durchgrünten Parkplatz als Standort am nördlichen Rand des Grün- und Erholungsbereichs mit



spärlichen Entsorgungsangeboten und ohne die aufgestellten Verhaltensregeln auch durch begleitende Kümmerer zu kommunizieren, verlegten sich Stadtverwaltung und Bezirksvertretung immer mehr auf eine ordnungsrechtliche Behandlung der Thematik. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung insbesondere durch den Freundeskreis Fredenbaumpark, zu dessen Vereinsziel auch die „Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und der Völkerverständigung im Freizeitpark Fredenbaum“ gehören. Für die eigentliche Klientel dieser Institution der ehemaligen Mehrheitsgesellschaft¹ im Stadtteil allerdings, in der sich im wesentlichen Rats- und Stadtteilpolitiker sowie Honoratioren aus Verbänden und Firmen organisiert haben, bildet die massive Präsenz verschiedener Migrantengruppen offenbar nach wie vor ein hohes Störpotenzial.



Abb. 2a und 2b: Grillen im Park (Quelle: Planerladen)

Der Planerladen war von verschiedenen Seiten auf diesen Konflikt aufmerksam gemacht worden und hatte sich neben vermittelnden Gesprächen mit Stadtgrün und dem Bezirksbürgermeister zugleich darum bemüht, dass dabei auch die betroffenen Nutzer zu Wort kommen. Dies geschah insbesondere

¹ In der Dortmunder Nordstadt liegt der Migrantenanteil bei rd. 65% und der Ausländeranteil beträgt ca. 40%.

re im Rahmen von Nachbarschaftsforen sowie durch Formen aufsuchender Kontaktaufnahme an den Grillstationen. Auffällig war, dass die Begehungen durch Mitarbeiter, aber auch Berichte durch die Polizei im Konsultationskreis Nordstadt die von den Kritikern heraufbeschworenen drastischen Zustände im Umfeld der Grillstationen keineswegs bestätigten. Dennoch entschied sich die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord im Mai 2011 für ein Grillverbot und rief zugleich die Verwaltung dazu auf, sich mit ihrer Task-Force, die vorher auch schon die Auflösung des legalisierten Straßenstrichs begleitet hatte, der Sache anzunehmen.

Der Planerladen lud daraufhin im Juli 2011 erneut zu einem Bürgerforum ein, bei dem sich mehrheitlich Bewohner mit Migrationshintergrund einfanden. Geradezu empört zeigten sich einige Anwesende, dass das legitime Interesse von Stadtteilbewohnern, darunter viele Familien, am gemeinsamen Grillen mit Freunden oder Nachbarn ignoriert wird, und diese in einem Stadtteil mit über 50.000 Einwohnern auf drei Grillstationen verwiesen werden. Eine türkische Bewohnerin merkte mit verständlichem Zynismus an: „Verstehe ich das richtig? Grillen ist also wie Prostitution?“ Weder der Freundeskreis Fredenbaumpark noch Politik und Verwaltung hatten den Versuch unternommen, im Vorfeld auch mit den verschiedenen Migrantengruppen über die geplanten ordnungsrechtlichen Interventionen zu reden, um im Sinne einer Abwägung deren Nutzungsinteressen zu erfassen. Der Ordnungsdezernent hat jetzt ein stadtweites Konzept für das Grillen an zwölf verschiedenen Standorten angekündigt.



Abb. 3: Nachbarschaftsforum Grillen (Quelle: Planerladen)

Exklusive Entscheidungszirkel statt „Beteiligung“ bei großen Projekten ...

Mit dem im Jahre 2009 erfolgten Zuschlag für Dortmund als Standort des geplanten DFB-Museums im Bereich des bestehenden **Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)** am Königswall war die Notwendigkeit entstanden, für diesen einen Alternativ-Standort zu finden. Ein Vertreter des Planerladen machte u.a. im Rahmen des von der Stadt Dortmund eingerichteten Konsultationskreises Nordstadt mehrfach frühzeitig darauf aufmerksam, dass eine Standortentscheidung für eine Fläche auf der Nordseite des Bahnhofs eine Gefahr für die Nordstadtberge: Bei bereits gegebener hoher Grundbelastung drohen



weitere, über das erträgliche Maß hinausgehende Verkehrs- und Umweltbelastungen. Die anwesenden Politiker zogen es allerdings vor, diese Hinweise zu ignorieren. Im April 2011 wurde schließlich die öffentliche Auslegung des Planentwurfs für den Bebauungsplan beschlossen, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Verlagerung des ZOB geschaffen werden sollten. Der Planerladen erarbeitete noch im Vorfeld der im Mai von der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord hierzu durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltung eine umfangreiche Stellungnahme. Darin wurden zum einen die mit einer solchen Standortentscheidung verbundenen Belastungsfolgen, zum anderen die dadurch für eine Aufwertung dieses wichtigen Eingangsbereiches zur Nordstadt vergebenen Entwicklungschancen dargelegt.

Insbesondere wurde argumentiert, dass mit der Verlagerung des ZOB in die Nordstadt die Ziele und Erneuerungsimpulse der bereits beschlossenen Konzepte und in der Vergangenheit verfolgten Handlungsprogramme konterkariert und entwertet werden. Durch die kritischen Nachfragen und Einwürfe seitens des Planerladen im Rahmen der Veranstaltung wurde mehr als deutlich, dass bei der Suche nach Ersatzstandorten und der Eignungsbewertung verkehrsfunktionale Gesichtspunkte oben angestanden hatten, während hingegen die Schutzgüter Mensch, Umwelt und Städtebau vernachlässigt worden waren. Die Perspektive der Anwohner aus den angrenzenden Quartieren kam hingegen gar nicht vor. Nach einem erneuten Plädoyer eines Vertreters des Planerladen in der üblichen Bürgersprechstunde vor der entscheidenden Bezirksvertretungssitzung im Juli 2011 entschied zwar auch das Stadtbezirks-gremium mehrheitlich gegen den vorgelegten Planentwurf, es wurde aber anschließend durch eine entsprechende Ratsmehrheit überstimmt.



Abb. 4: Deckblatt Broschüre (Quelle: Planerladen)

Bei der Planung zum ZOB wird deutlich, dass sich die Notwendigkeit für die Suche eines Ersatzstandortes erst durch die vorherige Grundsatzentscheidung über den Standort am jetzigen Omnibusbahnhof innerhalb der City ergeben hat. Diese aber war gar nicht Gegenstand von Beteiligungsverfahren, wurde vielmehr in völlig intransparenter Weise in exklusiven Zirkeln gefällt. Bürgergesellschaft sieht anders aus! Dass wiederum die Nordstadt als alternativer Standort für das DFB-Museum nicht in Frage kam, wird seitens der städtischen Planer mit dem Insistieren des DFB begründet. Es hatte vor allem aber damit zu tun, dass dieses Leuchtturmprojekt dazu beitragen soll, das Freizeitevent zugleich zum Kaufevent zu machen, um die City noch weiter zu stärken. Zugleich soll mit der Nähe zum Großprojekt Dortmunder U die Museumskette komplettiert werden. Die Nordstadt erfährt hingegen zusätzliche Umweltbelastungen, die den Wohnstandort noch weiter destabilisieren könnten.

EU-Neubürger aus Bulgarien und Rumänien ...

Straßenstrich, vermüllte Problemhäuser und Schwarzarbeit waren auch schon früher ein Thema in der Nordstadt. Mit den Armutsflüchtlingen aus Bulgarien und Rumänien verschärften sich diese Phänomene nicht nur, sondern der vorherrschende politische Diskurs und dessen mediale Vermittlung entwickelten zugleich völlig neue Auswüchse. Bulgaren und Rumänen (unter ihnen Roma) wurden in der Folge gleichsam zum Sinnbild des Verfalls, wenn nicht sogar zu Tendenzen mangelnder sozialer Integration im Stadtteil stilisiert. Mit der im Mai 2011 gestarteten **Aktion „Blickwechsel“** machte der Planerladen mit seiner Integrationsagentur als spezielle Servicestelle für Antidiskriminierung darauf aufmerksam, dass bei der Diskussion die eigentlichen Verursacher und Profiteure (u.a. die Ekel-Haus-Vermieter von Matratzenlagern zu horrenden Preisen) vermehrt in das Visier genommen werden sollten.

Als ersten Baustein startete der Planerladen eine Banner-Aktion, mit der er einen radikalen Perspektivenwechsel forderte: Es geht vor allem um die Abkehr von der vorherrschenden Sündenbockpolitik und Scheinheiligkeit. Als weiteren Anstoß für einen Blickwechsel verstand der Planerladen auch die mit anderen Institutionen (u.a. Mieterverein Dortmund, Obdachlosenzeitung bodo) organisierte Veranstaltung zur Situation der Roma im Viertel Stolipinowo in Plowdiv (Bulgarien). Im Vorfeld der mit ca. 150 Menschen überfüllten Vorführung des Dokumentarfilms „Im Ghetto – die Roma von Stolipinowo“ hatten sich Mitarbeiter des Planerladen darum bemüht, die Betroffenen von der Sinnhaftigkeit einer Teilnahme zu überzeugen. Dabei zeigte sich, dass die Banner-Aktion dafür erst die notwendige Vertrauensbasis geschaffen hatte: Die Betroffenen hatten die Aktion als klares Signal des gegenseitigen Respekts und der Einforderung von fundamentalen Menschenrechten verstanden, was sich offenbar wohltuend von den



üblichen Vorverurteilungen und Stereotypen absetzte. Nach der Filmpräsentation fand ein Podiumsgespräch statt, in das sich auch ca. 30 Vertreter aus den Reihen der EU-Neubürger aus Bulgarien aktiv einbrachten. Damit war es erstmals gelungen, dass im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung nicht nur über **Neuzuwanderer aus Bulgarien und Rumänien** (darunter Roma) als eine durch die Aufnahmegesellschaft definierte Problemgruppe geredet wurde, sondern diese auch selbst zu Wort kamen.

Zwar war dies nur ein erster Schritt; allerdings ging davon eine nicht zu unterschätzende Symbolwirkung aus – dies insbesondere angesichts eines politischen Klimas, bei dem nicht nur in seiner medialen Inszenierung, sondern vor allem in der konkreten politischen Auseinandersetzung im Stadtteil das Sündenbockprinzip exerziert wird und Entsolidarisierungstaktiken sowie der populistische Ruf nach „Zero Tolerance“ vorherrschen. Der Planerladen trieb mit mehreren Organisationen (darunter auch der Mieterverein und bodo) in der Folge die Gründung des „freundeskreises für nEUBürger und roma“ voran.



Abb. 5: Depot-Veranstaltung (Quelle: Franz Luthe, Westfälische Rundschau)

Bei der im Herbst beantragten Verlängerung der Banner-Aktion im öffentlichen Raum teilte die Verwaltung mit, dass die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord beschlossen hatte, die Banner entfernen zu lassen. Tatsächlich hatte schon direkt nach der Anbringung der Banner der Bezirksbürgermeister die Verwaltung dazu aufgefordert, die erteilte Genehmigung zurückzunehmen und den Planerladen darauf gedrängt, von der Aktion Abstand zu nehmen. Der Planerladen e.V. hatte daraufhin aber auf die bereits erteilte Sondernutzungserlaubnis für den öffentlichen Raum beharrt. Die mit Auslaufen der Genehmigung notwendige Entfernung der Banner erfolgte dann im Rahmen einer pressewirksamen Aktion, die auf die zensorische Intervention seitens der lokalen Politik gegenüber einem unbequemen Kritiker verwies.

Mehr Demokratie wagen?

In Verbindung mit den Aktionsfonds (später Fonds für bewohnerschaftliche Projekte) wurden nach mehrjähriger Überzeu-



Abb. 6: Protest gegen zensorischen Eingriff (Quelle: Planerladen)

gungsarbeit durch den Planerladen und des Nordstadt-Forums² **Bewohnerjurs** eingerichtet. Bei der Initiierung waren nicht zuletzt Erfahrungsberichte aus Berliner Erneuerungsgebieten hilfreich. Die Jury dieses Partizipationsinstrumentes, mit dem von 2005 bis 2009 in der Nordstadt experimentiert wurde, bestand mehrheitlich aus Bewohnern, deren Namen nach einem statistischen Zufallsverfahren aus der Einwohnermeldedatei gezogen worden waren und in ihrer Zusammensetzung tendenziell die gesamte Breite der Bewohnerstruktur widerspiegeln. Zusätzlich wurden Vertreter aus den Reihen von Politik, von Religionsgemeinschaften, der Wohnungswirtschaft und der Mieterverbände aufgenommen. Für jedes Quartier in der Nordstadt standen jährlich bis zu 15.000 Euro bereit, die ausschließlich für die Realisierung von Projektideen von Bewohnern und Initiativen vorgesehen waren. Die Erfahrung mit der Umsetzung dieses Instrumentes im Quartier Hafen (28 Projekte), in dem der Planerladen bis 2010 Träger des Quartiersmanagements war, belegen nachdrücklich, dass damit wichtige Impulse der Ermutigung zu bürgerschaftlichem Engagement gesetzt werden konnten (siehe www.quartiersmanagement-nordstadt.de). Ab 2010 ließen die Mittelkürzungen eine Fortsetzung zwar nicht mehr zu, der Planerladen setzte sich aber vehement für eine Wiedereinführung dieses wichtigen Bausteins der Beteiligungsstrategie spätestens beim Neustart des Quartiersmanagement-Nordstadt ab 2011 ein. Das für 2011 bis 2013 verfügbare Budget hätte eine solche Prioritätensetzung auch in jedem Fall hergegeben. Die Stadt Dortmund entschied sich allerdings dagegen, diesen Ansatz einer Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Bewohner weiter zu verfolgen.

Eine wesentliche Erklärung für die Rücknahme dieser niedrigschwelligen Gelegenheit für eine demokratisch verfasste Mitwirkung an Entscheidungsprozessen findet sich wohl darin, dass sich Widerstand in den Reihen der lokalen Politikvertreter

² Als freiwilliger und unabhängiger Kreis von in der Nordstadt tätigen Institutionen (Trägern, Initiativen, Vereinen, Verwaltungsstellen) und interessierten Einzelpersonen ist das Nordstadt-Forum ein spürbarer Impulsgeber im Hinblick auf Innovationen in der Praxis der Nordstadtentwicklung.



Abb. 7: Gefördertes Projekt: Aktion „Statt Angstloch Tore in die Nordstadt“

formiert hatte. Diese sahen dadurch offenbar ihre ohnehin schwache Entscheidungsmacht noch zusätzlich geschmälert. Dabei handelt es sich um eine Reaktionsform, die im Übrigen auch in anderen Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ beobachtet werden kann (vgl. auch Difu 2003, S. 21).

Über „Wagenburg“-Mentalitäten und „demokratiefreie Zonen“ – der mühsame Weg zur Bürgergesellschaft

Die Erfahrungen bei den öffentlichen Beteiligungsverfahren in der Nordstadt zeigen, dass Nutzergruppen mit Migrationshintergrund kaum erreicht werden. Dies kann zum einen auf die Formate und die damit einhergehenden Selektivitäten im Zugang zurückgeführt werden. Zum anderen kann die Zurückhaltung von Migranten bei der Wahrnehmung von Partizipationsangeboten auch mit negativen Vorerfahrungen und dadurch begründetem Misstrauen und damit als überaus pragmatische Reaktionsweise erklärt werden. Im Hinblick auf die Nutzung des öffentlichen Raums beispielsweise treten Migranten in der Nordstadt eher durch die praktische Aneignung von Flächen in Form physischer Präsenz als durch das verbale Kundtun von Nutzungsabsichten in Erscheinung (vgl. Staubach 2005).

Die mit dem erklärten Ziel des „Aufbaus bewohnergetragener Strukturen“ vor allem vom Planerladen betriebene und sukzessive mit anderen Trägern im Stadtteil auch im Rahmen des URBAN II-Programms noch erweiterte „Basisinfrastruktur des Bewohnerengagements“ bietet mit ihren Nachbarschaftsforen bzw. -treffs, Elterncafés und Gesprächskreisen nicht nur Gelegenheiten für die nachbarschaftliche Kommunikation und interkulturelle Begegnung, sondern grundsätzlich zunächst einen geeigneten niedrigschwelligen Rahmen für die Artikulation auch nichtorganisierter Bewohnerinteressen, insbesondere auch aus den Reihen der verschiedenen Migrantengruppen (Kabis-Staubach/Staubach 2007). Entscheidend ist dabei allerdings, ob hier eine hoheitlichpaternalistische, auf die Beteili-

gung von Institutionen der ehemaligen Mehrheitsgesellschaft setzende exklusive Kommunikation gepflegt wird oder ob das Bemühen um den Aufbau einer offenen, den interkulturellen Diskurs befördernden Streit- und Gesprächskultur auf Augenhöhe im Vordergrund steht (vgl. Staubach/Kurtoglu 2009).

Häufig werden Stadtteile bzw. Quartiere der „Sozialen Stadt“ beinahe assoziativ als „überforderte Nachbarschaften“ beschrieben (vgl. GdW 1998). Dies hat insbesondere mit der hier häufig anzutreffenden ethnisch-kulturellen Heterogenität und der erheblichen Austauschdynamik in der Bevölkerungszusammensetzung zu tun, die für die Bewohner erhöhte Anpassungs- und Verständigungsbedarfe mit sich bringen. Während allerdings in der Nordstadt jene Bewohner – ob mit oder ohne Migrationshintergrund –, die sich diesen Herausforderungen nicht durch Wegzug entziehen, in der Regel bemerkenswerte Integrationsleistungen erbringen, zeigen insbesondere die etablierten Politikinstanzen meist wenig Bereitschaft, sich den Realitäten der Integration tatsächlich zu stellen. Dies ist schon daran ablesbar, dass erhebliche Teile der lokalen Politik aus der „Wagenburg-Perspektive“ ihrer traditionellen Vereins- und Verbandsstrukturen heraus ein vereinfachendes bipolares Bild von einer Stadtteilgesellschaft zeichnen, das die große Mehrheit der Bevölkerung nur als Problem definiert („Schafft sich die Nordstadt ab?“; WAZ 1.09.2010). Gerade die Impulsgebungen zur interkulturellen Öffnung und zur Entethnisierung von Diskursen entfachen deshalb bei den Protagonisten der ehemaligen Mehrheitsgesellschaft ganz offensichtlich die unterschiedlichsten Abwehrreaktionen. Die in den inzwischen mehr als drei Jahrzehnten der Stadtteilarbeit des Planerlades zu verzeichnende erhebliche Fluktuation – nicht nur in der Bevölkerung, sondern insbesondere auch bei den handelnden Personen in Politik, Verwaltung und auch der Trägerlandschaft – hat gemeinsame reflexive Lernschritte auf der Grundlage bisher gesammelter kollektiver Erfahrungen ohnehin erheblich erschwert.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der seit April 2011 für die Stadt Dortmund im Quartiersmanagement-Nordstadt tätige Träger es sich leisten kann, auf eine dezidierte interkulturelle Ausrichtung in der Besetzung des mehrköpfigen Teams zu verzichten, obwohl inzwischen ca. zwei Drittel der Bewohnerschaft des Stadtteils einen Migrationshintergrund aufweisen. Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, dass die im Stadtteil praktizierten Strukturen der ortsnahen Fühlungnahme das eklatante **politische Repräsentationsdefizit** keinesfalls kompensieren können, das durch das fehlende Wahlrecht eines großen Teils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder die ostentative Nichtinanspruchnahme dieses Bürgerrechtes in der Nordstadt de facto gegeben ist³.

³ Bei den Kommunalwahlen 2009 lag die Wahlbeteiligung in der Nordstadt deutlich unter 30%.



Tülin Kabis-Staubach,

Architektin (AKNW), Vorstandsmitglied des Planerladen e.V. und Inhaberin von BASTA-Büro für Architektur und Stadtplanung, Dortmund

Prof. Dr. Reiner Staubach,

Raumplaner und Stadtplaner (AKNW), Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Planerladen e.V., Dortmund sowie Lehrender an der Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Detmold und im Master Städtebau-NRW, Köln

Quellen:

Deutsches Institut für Urbanistik – Difu (2003): Strategien für die Soziale Stadt – Bericht der Programmbegleitung, Berlin

GdW – Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (Hrsg.) (1998) Überforderte Nachbarschaften – Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern, Köln/Berlin

Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner (2008): Engagement auch unter erschwerten Bedingungen? Topografie des Engagements in Dortmund-Nordstadt, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4/2008

Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner (2007): „Wenn Migranten sich engagieren ...“ – Die Austragung von interkulturellen Konflikten mobilisiert zusätzliche Ressourcen für die Stadtteilentwicklung, (http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pndonline%204%202007_staubach.pdf | 18.03.2010)

Staubach, Reiner/Kurtoglu, Selma (2009): Aufbruch zu einer neuen Streitkultur in einem Integrationsstadtteil – Konfliktvermittlung im interkulturellen Kontext, Dortmund

Staubach, Reiner (2005): Konfliktvermittlung – Ein Instrument zur interkulturellen Verständigung im Stadtquartier, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 1/2005

Staubach, Reiner (2010): „Integrationsstadtteile“ – In den Städten übernehmen meist bestimmte Stadtteile und Quartiere die Aufgabe der Integration von Migranten, in: Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.: Wohnen – Facetten des Alltags, Baltmannsweiler, S. 136 – 148

(Re-)Aktivierung von Stadt- und Ortsteilzentren in Niedersachsen Strategien, Projekte & Förderwege

Montag, 23. April 2012 in Hannover

Angesichts des anhaltenden demografischen und wirtschaftlichen Wandels ist die (Re-)Aktivierung der Innenstädte und Unterzentren von herausragender Bedeutung für die „Überlebensfähigkeit“ der Städte und Gemeinden. Dies gilt für große und kleine Kommunen gleichermaßen. Insbesondere in Flächenländern und strukturschwachen Regionen ist dies jedoch sehr viel leichter gesagt als getan. Wo die Wirtschaftskraft abnimmt, wird der Wettbewerb schärfer: um Einwohner, um Investoren, um Fördermittel und um Alleinstellungsmerkmale. Damit spitzt sich die Interessenlage erst einmal zu – auch in der eigenen Stadt. Wohnen oder Gewerbe? Marktplatz oder Parkplatz? Denkmalschutz oder energetische Sanierung? Die Prioritätensetzung wird immer schwieriger. Integrierte Konzepte, breite Akteurs-Bündnisse und transparente Entscheidungsfindungsprozesse können hier viel bewirken. Mit unserer Veranstaltung möchten wir Ihnen Gelegenheit geben, sich über Erfahrungen, Strategien und Handlungsansätze einer aktiven Innenstadtentwicklung zu informieren.

Neben Beiträgen aus dem niedersächsischen Landesministerium, der Bundestransferstelle zum Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und den Erfahrungen aus der Sanierungsbegleitung in Norddeutschland werden auch zwei kommunale Praxisberichte den Tag prägen.

Ihre Referenten

Dr. Manfred Stehmeyer

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Hannover

Kurt Koopmann

Leiter des Fachbereichs „Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung“ der Stadt Bremervörde

Hans-Jürgen Tarrey

Erster Stadtrat und Leiter des Dezernats „Bauen, Stadtplanung & Umwelt“ der Stadt Peine

Christoph Haller

Bundestransferstelle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, Berlin/Kassel

Eckhard Horwedel

BauBeCon Sanierungsträger GmbH, Bremen

Veranstaltungsort:

Hannover Congress Centrum, Theodor-Heuss-Platz 1–3, 30175 Hannover, Telefon: 0511 8113-0

Beginn: 09.30 Uhr, **Ende:** 16.30 Uhr

Tagungsgebühren:

270,00 Euro für Mitglieder des vhw
335,00 Euro für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

Telefon (030) 390473-220 oder www.vhw.de